



# HESSISCHER LANDTAG

25. 10. 2021

## Kleine Anfrage

**Volker Richter (AfD), Claudia Papst-Dippel (AfD), Arno Enners (AfD),  
Dirk Gaw (AfD) und Klaus Herrmann (AfD) vom 07.09.2021**

**Neuerliche Razzien und Ermittlungserkenntnisse im Rahmen des „AWO-Skandals“  
– Teil I**

**und  
Antwort**

**Ministerin der Justiz**

### Vorbemerkung Fragesteller:

Einschlägigen Medienberichten zufolge sind im Rahmen des sog. AWO-Skandals jüngst u.a. die folgenden Vorgänge neu bekannt geworden, die zu der Einleitung erneuter Strafverfahren und Razzien in Privatwohnungen wie Geschäftsräumen der AWO e.V. geführt haben: So soll die ehemalige Geschäftsführerin der AWO Wiesbaden, Frau Hannelore R., unrechtmäßig Geldbeträge i.H.v. jeweils mehreren Tausend Euro aus dem Vermögen der AWO erlangt haben, indem Mitarbeitern der AWO auf ihr Betrieben hin Scheinkredite gewährt worden sind, die diese dann ebenfalls zum Schein im Rahmen von Minijobverhältnissen hätten abarbeiten sollen - wobei die betreffenden Kreditsummen stets nur an Frau Hannelore R. ausbezahlt worden sein sollen. Darüber hinaus wird dem derzeitigen Sozialdezernenten der Stadt Wiesbaden, Herr Christoph M., vorgeworfen sich ebenfalls im Rahmen eines Scheinarbeitsverhältnisses als ehemaliger Referent von Hannelore R. betätigt und sich zudem der „Mandatsträgerbestechlichkeit“ und „Beihilfe zur Untreue“ schuldig gemacht zu haben. Des Weiteren soll die Ehefrau des derzeit amtierenden Oberbürgermeisters der Stadt Frankfurt a.M. Peter F. - Frau Zübeyde F. - bereits in der Zeit von Nov. 2014 bis Sep. 2015 bei Nicht-Erbringung einer entsprechenden Arbeitsleistung in einer von der AWO betriebenen Kindertagesstätte ein i.H.v. 2400 € brutto monatlich vergütetes Praktikum absolviert haben, obwohl eine Praktikumsvergütung in dieser Höhe nach Art der betreffenden Beschäftigung üblicherweise nicht zu gewähren gewesen wäre.

Diese Vorbemerkung der Fragesteller vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Auf welche Höhe beläuft sich der Gesamtgeldbetrag, den Frau Hannelore R. im Wege der eingangs beschriebenen Gewährung von Scheinkrediten unrechtmäßig erlangt haben soll?

Die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main hat berichtet, dass der Verdacht der Untreue durch Vereinbarungen von Scheindarlehenverträgen durch Führungspersonen der AWO Wiesbaden sich nach dem derzeitigen Stand der Ermittlungen auf einen niedrigen sechsstelligen Betrag bezieht.

Frage 2. Konnte der unter dem Punkt 1 erfragte Geldbetrag im Zuge der am 08.12.2020 im Privathaus der Hannelore R. und ihres Ehemannes Jürgen R. oder einer nachträglich durchgeführten Razzia, oder einer anderen Ermittlungsmaßnahme bereits sichergestellt werden?

Die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main hat berichtet, dass mit dem am 08.12.2020 vollzogenen Vermögensarrest verschiedene Vermögensgegenstände in Höhe eines Teils der Arrestsumme gesichert werden konnten.

Frage 3. Wie viele Personen/Mitarbeiter der AWO waren nach Kenntnis der hessischen Landesregierung als vermeintliche Kreditnehmer an den eingangs beschriebenen Scheinkreditvergaben beteiligt oder in anderer Form in die unrechtmäßige Erlangung der betreffenden Auszahlungssummen durch Frau Hannelore R. involviert?

Frage 4. Haben die unter dem Punkt 3 erfragten Personen derzeit ein politisches Mandat inne und - falls ja - in welchem Parlament und für welche Partei?

Frage 5. Sind gegen die unter Punkt 3 und 4 erfragten Personen ebenfalls bereits Strafverfahren wegen der Mitwirkung an der Scheinkreditgewährung und der Auszahlung der betreffenden Kreditsummen an Frau Hannelore R. eröffnet worden?

Die Fragen 3. bis 5. werden wegen des Sachzusammenhangs zusammen beantwortet:

Die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main hat berichtet, dass es sich um eine einstellige Anzahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern handelt, die im Ermittlungsverfahren ebenfalls als Beschuldigte geführt werden. Nach Kenntnis der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main sind diese Personen keine Mandatsträger.

Wiesbaden, 22. Oktober 2021

**Eva Kühne-Hörmann**